

Wahlprüfstein der Landesrektoratekonferenz Universitäten Baden – Würtemberg (LRK) zur Landtagswahl 2026

ANTWORTEN DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

1. Freie Wissenschaft, starke Demokratie

Wie werden Sie die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Universitäten als unverzichtbare Orte der Demokratiebildung und des kritischen Denkens verlässlich schützen und stärken?

Die Wissenschaftsfreiheit ist eines der wichtigsten Grundgerüste unserer Gesellschaft. Die SPD steht zur Wissenschaftsfreiheit und wird alles daran setzen, dass auch weiterhin in Baden-Württemberg frei geforscht und gelehrt werden kann. Dazu wird die SPD prüfen, inwiefern Projekte zur Wahrung der Wissenschaftsfreiheit nötig sind und ob bestehende Strukturen an den Hochschulen wie beispielsweise die Ansprechpersonen für Antidiskriminierung gestärkt werden müssen.

Die SPD wird den Anteil der landeseitigen Grundfinanzierung für die Universitäten wieder erhöhen. Nullrunden, wie die von der grün-schwarzen Landesregierung für 2026 vorgesehen, wird es mit der SPD nicht geben. Eine bessere Grundfinanzierung gibt den Universitäten mehr Spielraum in Forschung Lehre und in der Demokratiebildung.

Die SPD wird die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft signifikant verbessern und wissenschaftliche Karrieren planbar machen. Deshalb setzt sich die SPD für den Ausbau von unbefristeten Stellen im akademischen Mittelbau ein. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden. Zudem erlauben mehr unbefristete Arbeitsverhältnisse insbesondere in der Verwaltung den Universitätsleitungen mehr Sicherheit und Planbarkeit. Um Universitäten als Orte der Demokratiebildung zu stärken, wird die SPD die Mitbestimmung aller Statusgruppen an den Universitäten ermöglichen. Dazu wird die SPD das studentische Prorektorat einführen, das politische Mandat der Studierendenvertreter:innen wiederherstellen und fakultätsübergreifende Wahllisten bei Senatswahlen ermöglichen.

Werden Sie die Autonomie der Wissenschaft durch ein neues, schlankes Hochschulgesetz ausbauen, das bürokratische Fesseln löst und den Hochschulen echte Gestaltungsfreiheit in ihrer inneren Organisation gibt?

Die SPD hat sich bei der letzten Novelle des Landeshochschulgesetzes (LHG) im Landtag für mehr Bürokratieabbau eingesetzt. Auch in Zukunft wird die SPD sich dafür stark machen, die Regelungen des LHG zu prüfen und unnötige Regelungen abzuschaffen.

2. Hochschulstruktur, Transformation und Finanzierung

Angesichts demographischer Veränderungen, wirtschaftlicher Umbrüche und tiefgreifender ökologischer wie digitaler Wandelprozesse: Wie wollen Sie das Hochschul- und Wissenschaftssystem in Baden-Württemberg über 2030 hinaus strategisch und finanziell so aufstellen, dass es ein zentraler Treiber von Innovation und Wandel im Land bleibt?

Die SPD wird die Studiengebühren für internationale Studierende und für das Zweitstudium abschaffen. Dafür hat sich die SPD in der laufenden Legislatur mehrfach eingesetzt, u.a. mit einem Gesetzentwurf – leider abgelehnt von den Regierungsfraktionen Grüne und CDU. Studiengebühren sind ein Standortnachteil für Baden-Württemberg. Sie erschweren den Zugang zu Bildung und verschärfen den demographisch bedingten Fachkräftemangel. Während bundesweit die Zahl internationaler Studierender steigt, stagnieren sie in Baden-Württemberg. Den Wegfall der Einnahmen werden wir aus dem Landeshauswahl ersetzen.

Um Lehre und Forschung langfristig zu sichern, wird die SPD die Anwerbung von internationalen Forschenden unterstützen. Dafür wird die SPD gezielte Anreizprogramme schaffen, Visa- und Berufsanerkennungsverfahren erleichtern und internationale Berufungsnetzwerke fördern.

Das Modell der Hochschulfinanzierungsvereinbarung hat sich bewährt. Sie bietet unseren Universitäten eine verlässliche Grundfinanzierung über mehrere Jahre. Allerdings muss der Anteil der staatlichen Grundfinanzierung wieder erhöht werden, um den Universitäten angesichts vielfältiger Herausforderungen mehr Spielraum zu geben – dafür wird sich die SPD in der kommenden Legislatur und darüber hinaus stark machen.

Die Universitäten sind ein unverzichtbarer Motor für die wissenschaftliche Innovation – das wird die SPD weiter fördern. Insbesondere will die SPD den Forschungstransfer und damit die wirtschaftliche Transformation fördern. Die SPD wird Kooperationen von Universitäten und Unternehmen stärken und dazu langfristig finanzierte Transferzentren und Transferbeauftragte an den Hochschulen etablieren sowie Kooperations-Coaches einführen, die die Forschenden und Unternehmen rechtlich beraten. Bestehende Förderprogramme wird die SPD für die Kooperation von Universitäten und Unternehmen öffnen und finanziell besser ausstatten. Die SPD wird den Zugang zu bestehender Forschungsinfrastruktur wie dem Höchstleistungsrechner in Stuttgart für Startups und Unternehmen, insbesondere für KMU sicherstellen. Zudem will die SPD Anreize für Professor:innen schaffen, verstärkt mit Unternehmen zu kooperieren, und prüfen, wie es Professor:innen erleichtert werden kann, neben der Professur ein Startup aufzubauen und zu leiten.

Um die Anzahl erfolgreicher Ausgründungen aus den Universitäten zu erhöhen, will SPD die Gründungsförderung an den Hochschulen unabhängig von (auslaufenden) Bundesprogrammen nachhaltig und langfristig gestalten. Für die Startup-Finanzierung wird die SPD den „Staatsfonds BW“ auf den Weg bringen, der sich mit Kapital befristet und unbürokratisch an Unternehmen und Startups beteiligt. Grundsätzlich wird die SPD die Startup-Finanzierung ausweiten, sowohl in der ersten Gründungsphase als auch in der Wachstumsphase. Dafür macht die SPD verschiedene Förderungen wie Zuschüsse, Dar-

lehen und Beteiligungen möglich. Für Venture-Capital-Fonds stellen wir mehr öffentliche Mittel, um private Investitionen anzustoßen. Um mehr Studierende für das Gründen zu begeistern, wird die SPD Gründer:innen ein „Extra-Jahr“ an der Universität für die Startup-Gründung ermöglichen.

Wie positionieren Sie sich in diesem Zusammenhang zur Idee einer zehnten Landesuniversität, und welche Alternativen sehen Sie, um Qualität, Profilbildung und Kooperationen in der bestehenden Hochschullandschaft zu stärken?

Baden-Württemberg braucht keine zehnte Landesuniversität – erst recht nicht im Bereich KI. Der Vorschlag der CDU, eine zehnte Landesuniversität zu gründen, ist weder durchdacht noch wird diese Idee den Forschungsstrukturen im Bereich KI gerecht. Für KI-Forschung sind eher schwerfällige Strukturen wie eine eigene KI-Universität nicht zielführend. Die bereits bestehenden baden-württembergischen Strukturen in der KI-Forschung zeigen deutlich: Forschung im Bereich KI (und auch in anderen Bereichen) funktioniert bottom-up, nicht aber top-down. KI-Forschung erfordert Flexibilität und Interdisziplinarität. Die SPD wird deshalb die bestehenden KI-Cluster stärken und v.a. den Transfer in die Wirtschaft voranbringen (s.o. unter 3.).

Eine zehnte Landesuniversität würde das Land allein für die Gründung mindestens 1,3 Mrd. Euro kosten – den Betrieb der Universität nicht mit einbezogen. Dieses Geld muss an anderen Stellen eingespart werden – und das würde unweigerlich zu Finanzierungsproblemen an den bereits bestehenden Universitäten und Hochschulen führen. Das Vorhaben der CDU, eine weitere Landesuniversität zu gründen, entbehrt jeglicher Grundlage.

3. Studium und Studienstandort

Was planen Sie, damit Baden-Württemberg ein attraktiver Studienstandort für einheimische wie internationale Studienbewerberinnen und -bewerber bleibt – insbesondere mit Blick auf eine moderne Lerninfrastruktur (zeitgemäße Lehr- und Lernräume, leistungsfähige digitale Infrastruktur) sowie ausreichend bezahlbaren studentischen Wohnraum in den Hochschulstädten?

Dass Baden-Württemberg kein attraktiver Standort für internationale Studierende ist, liegt an den von der grün-schwarzen Landesregierung 2017 eingeführten Studiengebühren für internationale Studierende. Die SPD wird die Studiengebühren für internationale Studierende (und für das Zweitstudium) abschaffen und die Einnahmen daraus über den Landeshaushalt kompensieren. Dafür hat sich die SPD im Landtag in der laufenden Legislatur mehrfach eingesetzt, u.a. mit einem Gesetzentwurf – leider abgelehnt von den Regierungsfraktionen Grüne und CDU.

Die SPD wird sich für eine Fortsetzung des Zukunftsvertrags „Studium und Lehre stärken“ über 2028 hinaus einsetzen. Zudem wird die SPD den Sanierungsstau an den Universitäten angehen – auf diese Weise entstehen zeitgemäße Lernräume und eine sichere digitale Infrastruktur.

Die SPD wird zum Bundesprogramm „Junges Wohnen“ Landesmittel in mindestens der gleichen Höhe zuschießen und so den Bau von Studierendenwohnheimen fördern. Eine Umschichtung der Mittel aus „Junges Wohnen“ in andere Fördertöpfe, wie es die grün-schwarze Landeregierung mehrfach veranlasst hat, lehnen wir ab. Zudem wird die SPD Genehmigungsverfahren für den Bau neuer Wohnheime vereinfachen und beschleunigen, z.B. durch eine Überarbeitung der Standards und eine Vereinfachung von Kooperationen mit anderen öffentlichen Trägern. Ziel der SPD ist es, bis 2031 den Anteil der Studierenden mit Wohnheimplätzen zu verdoppeln.

Die Studierendenwerke spielen eine zentrale Rolle für die soziale Infrastruktur und die Verpflegung an den Hochschulen und damit für die Attraktivität des Studienstandorts Baden-Württemberg. Die SPD wird über den Solidarpakt Studierendenwerke eine verlässliche finanzielle Unterstützung für die Studierendenwerke schaffen.

Mit welchen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass Absolventinnen und Absolventen der baden-württembergischen Schulen über ausreichende Grundkenntnisse in den Kernfächern, insbesondere in Mathematik und Deutsch, verfügen, um ihr Studium erfolgreich absolvieren zu können?

Der geübte Umgang mit der deutschen Sprache ist ein elementarer Baustein für einen erfolgreichen Bildungsweg. Bereits in der frühkindlichen Bildung muss daher ein Fokus auf alltagsintegrierte und ergänzende Sprachbildung und Sprachförderung gelegt werden. Kitas sind Bildungsorte – und müssen daher von Anfang an für alle Kinder gebührenfrei sein. Das letzte Kita-Jahr wird die SPD verpflichtend machen als gemeinsame Vorbereitung auf die Schule. Sprach-Kitas bauen wird die SPD ausbauen. Durch die Einführung der sozialindexbasierte Ressourcensteuerung sowie der Kita-Sozialarbeit sorgt die SPD dafür, dass zusätzliche personelle Ressourcen und niedrigschwellige Angebote zur Unterstützung von Familien gezielt in den Kitas ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. An den Schulen setzt die SPD sich für eine gesetzlich verankerte Unterrichtsgarantie ein, mit ausreichend Lehrkräften, funktionierenden Vertretungskonzepten und klaren Standards. Denn Bildungsgerechtigkeit beginnt mit verlässlichem Unterricht.

Mit zusätzlichen Stunden in Mathe und Deutsch sowie acht Poolstunden zur individuellen Förderung der Schüler:innen wird die SPD die Basiskompetenzen in den Grundschulen stärken und die Lesezeit im Unterricht ausweiten – denn nur wer richtig lesen kann, verfügt fächerübergreifend über die Fähigkeit, Sachverhalte zu verstehen, Aufgaben zu lösen und seiner eigenen Kreativität Ausdruck zu verleihen.

Die SPD wird verpflichtende Nachhilfeangebote einrichten, an denen alle Schüler:innen teilnehmen sollen, die in ihren Zeugnissen in den Fächern Mathe und Deutsch die Note 4 oder schlechter haben. Gleichzeitig wird die SPD Schüler:innen aus anderen Ländern innerhalb der ersten zwei Jahre nach ihrer Ankunft in Deutschland die kostenlose Teilnahme an Feriensprachkursen und Hausaufgabenhilfe ermöglichen.

Die SPD wird Vorbereitungsklassen mit intensivem Sprachunterricht weiterentwickeln und eine schrittweise flexible Integration in den Regelunterricht ermöglichen. Herkunfts-sprachlichen Unterricht wird die SPD unter staatlicher Aufsicht organisieren und

pädagogisch fundiert ausgestalten und so Mehrsprachigkeit fördern, Identität stärken und Bildungschancen verbessern.

Die SPD wird die verpflichtende Teilnahme an zusätzlichen Sprachförderprogrammen für Schüler:innen an allen weiterführenden Schulen einführen, die auch in höheren Klassenstufen noch Unterstützungsbedarf. Der Umfang beträgt zwei Stunden pro Woche, die Klassengröße beträgt höchstens zwölf Schülerinnen und Schüler.

Zusätzlich wird die SPD flächendeckende und qualitätsvolle Ganztagsangebote ausbauen und multiprofessionellen Teams an allen Schulen einrichten.

4. Hochschulbau, Bauherreneigenschaft und Innovation

Welche konkreten Schritte planen Sie, um den Sanierungsstau an den Hochschulen in Höhe von über 10 Mrd. Euro abzubauen, Planungs- und Bauprozesse zu entbürokratisieren, und werden Sie die Mietkosten für Ersatzflächen in Höhe von 18,6 Mio. Euro im Landeshaushalt so verankern, dass sie nicht zulasten der für Studium, Lehre und Wissenschaft vorgesehenen Mittel gehen?

Mit der Reform der Schuldenbremse und dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz startete die neue Bundesregierung auf Druck der SPD eine Schnellbauinitiative von Bund und Ländern zur Modernisierung von Hochschulen und Universitätskliniken, die neben Lehr- und Forschungsbauten auch die Menschen und Cafeterien umfasst. Damit hat nun auch Baden-Württemberg die Chance, den Sanierungsstau an den Hochschulen konstruktiv anzugehen. Dafür ist es unerlässlich, neben einer gut durchdachten Planung, wie die zu erwartende 1 Mrd. Euro pro Jahr möglichst effizient für Infrastrukturprojekte im Land eingesetzt werden können. Die SPD wird die Regelungen für Bauprojekte im Hochschulbereich überprüfen und beispielsweise die Flächenbemessungsgrenze überarbeiten sowie Planungs- und Bauzeiten durch Bürokratieabbau verkürzen. Zudem wird die SPD effizientes und pragmatisches Bauen im Hochschulbereich fördern und die KI-gestützte Digitalisierung in den Hochschulverwaltungen voranbringen.

Die SPD plant, den Anteil des Landes an der Grundfinanzierung der Hochschulen wieder zu erhöhen. Das wird den Universitäten mehr Spielräume eröffnen und Lehre und Wissenschaft stärken. Mit dieser Erhöhung der Landesmittel können auch die Mietkosten für Ersatzflächen gedeckt werden.

Sind Sie bereit, den Universitäten optional die Bauherreneigenschaft zu übertragen, und werden Sie sicherstellen, dass die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Personalkapazitäten direkt in den Projektmitteln enthalten sind?

Die Universitäten sollten dann in eigener Bauherrenschaft ihre Gebäude sanieren können, wenn dies sinnvoll ist. Die Mittel für Bauprojekte werden von der grün-schwarzen Landesregierung oft äußerst knapp eingeplant. Das führt regelmäßig zu weiteren Verzögerungen bei Bau- und Sanierungsprojekten. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die Kosten realistisch geplant werden und auch die Kosten für Personal mit abdecken. Langfristig will die SPD das Vermögen und den Bau Baden-Württemberg modernisieren und die

Strukturen und Arbeitsweisen von Vermögen und Bau insbesondere bei Universitäts- (Klinik-) Gebäuden überprüfen.

Stuttgart, (29.01.2026)